

GUTE ARBEITSPLÄTZE IN EINER STARKEN & GRÜNEN WIRTSCHAFT

*Arbeitnehmer*innen und die Arbeiter*innenklasse müssen im Mittelpunkt einer neuen EU stehen*

16 Punkte, die das EU-Parlament und die Entscheidungsgremien in der Wahlperiode 2024-2029 umsetzen müssen

- **Gerechter Übergang (grün & digital):** "Niemand wird zurückgelassen". Ein Gerechter Grüner & Digitaler Übergang wird durch eine Kultur des gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Ausarbeitung und Implementierung aller relevanten Investitionen erreicht.
- **Faire Löhne für einen angemessenen Lebensstandard für Alle (Lohn oder Konflikt):** "No more working poor!" [„Keine armen Erwerbstätige mehr!“]
- **Ein gestärkter Europäischer Sozialer Dialog:** mit einem garantierten Gleichgewicht der Kräfte, so dass die Arbeitnehmer*innenvertreter effektiv gute Bedingungen Lohnabhängige aushandeln können.
- **Das Recht auf europäische Aktionen/Streiks** muss zu einer grundlegenden Dimension auf dem Weg zu EU-Tarifverhandlungen und einer menschenorientierten EU werden, in der die sozialen Rechte im Mittelpunkt eines neuen europäischen Sozialen Dialogs stehen und die Grundlage für Europäische Betriebsräte bilden müssen.
- **Bekämpfung von missbräuchlichen Praktiken und Sozialdumping:** Einführung einer gesamtschuldnerischen Haftung in Untervergabeketten; Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung, dass Unternehmen die geltenden Tarifverträge und/oder das Arbeitsrecht einhalten. Ein obligatorisches Zuschlagskriterium bei öffentlichen Aufträgen; EU-weite Umsetzung des IAO-Übereinkommens Nr. 81 über Arbeitsaufsichtsbehörden.
- **Vorausschauende Maßnahmen für den Wandel:** Um- und Weiterqualifizierung von Arbeitnehmer*innen. Ein hoher Standard der sozialen Entwicklung (in Form von Qualifikationen, Arbeitsplatzsicherheit und Löhnen) muss im Mittelpunkt einer befähigten, autonomen EU stehen, die sich in einer Position relativer Stärke befindet und gleichzeitig eine multilaterale globale Wirtschaftsstruktur schmiedet.
- **Gerechte Besteuerung:** Eine wirksamere steuerliche Zusammenarbeit und steuerliche Solidarität in der EU ist ein Muss, zusammen mit einer strengeren Kontrolle der öffentlichen Gelder, die den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, vor allem mit dem Ziel, die Risiken der gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen umzuverteilen und sie von den Bürger*innen und Arbeitnehmer*innen fernzuhalten.
- **Wanderarbeitnehmer*innen [Arbeitsmigrant*innen?] werden zu gleichen Bedingungen willkommen geheißen:** Ihnen muss das Recht garantiert werden, unter den gesetzlichen Bedingungen und Rechten desjenigen Landes zu arbeiten, in dem sie ihre Arbeit verrichten, wenn dies vom Arbeitgeber nicht respektiert wird.
- **Ein EU-Vorstoß für öffentliches Eigentum an Schlüsselunternehmen:** (Energie, Gesundheitssysteme, Verkehr, Nahrungsmittel...) mit dem Ziel, sowohl bestehende quasi-monopolistische Praktiken einzuschränken als auch diese Politik auszuweiten, damit die Staaten wieder ein Machtgleichgewicht zugunsten der Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen herstellen können, die der ständig wachsenden Macht privater Unternehmen und Investmentfonds gegenüberstehen.
- **Abschwächung der negativen Effekte des Wettbewerbs:** Sozialdumping, Scheinselbstständigkeit, Outsourcing und einem "Wettlauf nach unten" bei den Löhnen (Wahrung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte) heute zu verhindern, ist heute wichtiger denn je.
- **Ein gerechtes und solidarische europäisches Wohlfahrtssystem** das einen breiten und gut organisierten Zugang zu Leistungen bei Krankheit, Bildung und Arbeitslosigkeit bietet und so Sozialschutz und soziale Investitionen miteinander verbindet.
- **Verbindliche Branchentarifverträge, die von Land zu Land ausgehandelt werden:** In einer neuen EU der Völker darf es keinen Platz mehr für gewerkschaftsfeindliche Praktiken geben - daher müssen Tarifverhandlungen auf den höchstmöglichen Ebenen geschützt werden, einschließlich des öffentlichen Auftragswesens.
- **Wir müssen Gewalt und Belästigung von Frauen überall, auch am Arbeitsplatz, bekämpfen:** Viele Frauen sind auf die eine oder andere Weise von Gewalt und Belästigung betroffen, und zwar aufgrund ihres Beschäftigungsstatus, der Art der Arbeit, die sie verrichten, oder aufgrund der Bedingungen in dem Sektor, in dem sie arbeiten. Gerechte und faire Politiken und Praktiken müssen eingeführt werden, um dieses Übel auszumerzen.
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit:** Auch die Beschäftigten in der Plattformökonomie sind Arbeitnehmer*innen! Rechte der Arbeitnehmer*innen sind
- **Wir benötigen Gute [„Faire“] Rentensysteme in der gesamten EU** zur Unterstützung der Rentner*innen: Schluss mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, anstelle dessen Förderung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung.

- **Die EU muss ein Protokoll über den sozialen** Fortschritt vorlegen, das den Rechten der Arbeitnehmer*innen und den sozialen Rechten Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten einräumt, ein nicht verhandelbar! Alle Formen der kollektiven Vertretung müssen garantiert werden, damit die Plattformbeschäftigten den besten Weg finden können, um gewerkschaftlich anerkannt zu werden. Protokoll, das den künftigen Rahmen in Richtung einer EU der Völker lenkt.

*Alle oben genannten Forderungen sind notwendig, aber in erster Linie ist **Frieden** erforderlich, um die positiven Auswirkungen aller dieser Forderungen zu erreichen. Wir fordern die EU auf, alle **diplomatischen Kanäle** zu öffnen und eine sofortige Runde von Friedensgesprächen zu ermöglichen. Kriege und Wettrüsten führen nicht zu einer besseren Welt: Nur Dialog und Verständigung können dies erreichen*